

\_\_\_\_\_ T. von Hardenberg: Passt Umweltbewusstsein zum Zeitgeist? \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ G. Scherhorn: Nachhaltige Wertschöpfung \_\_\_ E. Müller: Die Macht der Nachfrage \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ K. Ankele: Verantwortung als harter Wirtschaftsfaktor \_\_\_\_\_

# politische ökologie <sup>94</sup>



## Werte schöpfen

Ideen für nachhaltiges Konsumieren und Produzieren

Herausgegeben vom Bundesumweltministerium und dem Umweltbundesamt



# Werte schöpfen

Ideen für nachhaltiges Konsumieren und Produzieren

## **Entdecke die Möglichkeiten**

### **10 Geleitwort**

Von Jürgen Trittin

### **11 Raus aus der Nische**

Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster

Von Andreas Trog

## **Alles nachhaltig oder was?**

### **16 Plattform für Aktionsbündnisse**

Der nationale Dialogprozess

Von Ulf Jaeckel und Christian Löwe

### **20 Die Macht der Nachfrage**

Verbraucherlobby als zivile Kraft

Von Edda Müller

### **23 Neue Forschung braucht das Land**

Verbraucherpolitik ohne wissenschaftliches Rückgrat

Von Lucia A. Reisch

### **26 Gesunder Wohlstand**

Vom Postmaterialismus zur zukunftsfähigen Lebensqualität

Von Michael Wehrspau



## **Ich bin doch nicht blöd**

### **30 Eine Frage der Verantwortung**

Kommerz und nachhaltige Entwicklung

Von Gerhard Scherhorn

### **34 Samthandschuhe ausziehen**

Benimmkurs für Verbraucher

Von Bernhard Pötter

### **38 Von Ökos, Yuppies und Bobos**

Wie viel Umweltbewusstsein verträgt der Zeitgeist?

Von Tita von Hardenberg

### **41 „Nachhaltigkeit ist nur ein Zusatznutzen“**

Jugend und Konsum

Interview mit Axel Dammler

Diese Publikation wurde initiiert  
und unterstützt vom

**oekom e.V.**

Verein für ökologische Kommunikation e.V.



## **Nichts ist unmöglich**

### **44 Das Stiefkind der Umweltpolitik**

Öffentliche Beschaffung  
*Von Christoph Erdmenger*

### **47 Wenn das Echo ausbleibt**

Kampagnen für nachhaltigen Konsum  
*Von Volkmar Lübke*

### **50 Verantwortung als harter Wirtschaftsfaktor**

Corporate Social Responsibility  
*Von Kathrin Ankele*

### **53 Ringen um Werte**

Bildung und Konsumentscheidungen  
*Von Silke Kleinhüchelkotten*

## **Impulse**

### **56 Projekte und Konzepte**

### **64 Medien**

## **Spektrum Nachhaltigkeit**

### **68 Gesund schrumpfen geht nicht**

Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf Umwelt und Gesellschaft  
*Von Reiner Klingholz*

### **70 Nachhaltigkeit nur als Nebenschauplatz**

Tourismusbildung  
*Von Christel Burghoff*

### **72 Ein offener Prozess des Werdens**

Die Philosophie Whiteheads als Grundlage eines nachhaltigen Weltbildes  
*Von Barbara Muraca*

### **75 Es gibt keine 'richtige' Nachhaltigkeit im 'falschen' Denken**

Nachhaltigkeit und Existenzsicherung  
*Von Adelheid Biesecker und Uta von Winterfeld*

### **76 Mehr als nur Begleitmusik**

Nachhaltige Entwicklung aus kulturwissenschaftlicher Perspektive  
*Von Katina Kuhn*

## **Rubriken**

### **3 Editorial**

### **80 Reaktionen**

### **81 Vorschau/Impressum**

## **Förderhinweis**

Für die freundliche inhaltliche und finanzielle Unterstützung danken wir



Bundesministerium  
 für Umwelt, Naturschutz  
 und Reaktorsicherheit

**Umwelt  
 Bundes  
 Amt**  
 Für Mensch und Umwelt

## Nachhaltigkeit und Existenzsicherung

## Es gibt keine 'richtige' Nachhaltigkeit im 'falschen' Denken

Von Adelheid Biesecker und Uta von Winterfeld

— Nachhaltigkeitswörterbücher blockieren gerade durch die Nicht-Sichtbarkeit jener Tätigkeiten, die als nicht-erwerbliche, sorgende und pflegende Arbeiten den Stoffwechselprozess zwischen Mensch und Natur wesentlich mitprägen. In der Region „Mulde-Mündung“ (nördlich von Dessau mündet die Mulde in die Elbe) formulieren die Menschen die Blockade jedoch anders: Nachhaltigkeit ist ein Luxus, den wir uns erst leisten können, wenn unsere Existenz (durch Erwerbsarbeit) gesichert ist. Ist Nachhaltigkeit existenzsicherungsfeindlich – oder ist die herrschende Vorstellung von Existenzsicherung nachhaltigkeitsfeindlich? (1)

### Trennungen und Abspaltungen

Unsere Gesellschaft ist seit ihrer Entstehung durch Trennungen von Tätigkeitsräumen gekennzeichnet: So wird Ökonomie (mit Adam Smith) nur mit Märkten identifiziert, nicht aber mit den produktiven Prozessen in Haushalten. Politische Herrschaft wird (mit John Locke) zwischen freien und gleichen Bürgern öffentlich verhandelt, während private Herrschaft im Haus nicht als Politik betrachtet wird. Diese dualistische Struktur der marktlichen/nicht-marktlichen und öffentlichen/privaten Räume enthält Hierarchien: Die am Markt, öffentlich und – insbesondere in den oberen Positionen – zumeist von Männern verrichtete Arbeit gilt als produktiv und wertvoll für das Gemeinwesen, die im Haus, privat und zumeist von Frauen verrichtete Arbeit als unproduktiv: Sie erhält zwar das Gemeinwesen, gestaltet es aber nicht.

Ähnlich ist es mit der Natur: Naturprozesse gelten als nicht produktiv, werden in ihrer Funktionsweise aber stillschweigend vorausgesetzt. Damit ist angelegt, dass naturerhaltende Arbeiten für unproduktiv und wertlos gelten, naturgestaltende Arbeiten als produktiv und wertvoll. Sie sind es, die gesellschaftlichen Fortschritt erzeugen. Derartige Trennungsprozesse haben denselben Ursprung und prägen den Gesellschaftsvertrag bis heute: Politik und Ökonomie sind gleichermaßen auf die Abtrennung sowohl der sorgenden Tätigkeiten als auch der produktiven Prozesse der Natur hin konzipiert. (2)

Politische und wirtschaftliche Existenzgrundlage der bürgerlichen Gesellschaft ist die von dieser Trennungslogik geprägte erwerbliche „Natur“ von Arbeit und Eigentum. Locke sieht als Eigentum des Menschen die Arbeit seines Körpers und das Werk seiner Hände an. Daher macht der Mensch sich zu seinem Eigentum, was immer er dem „Naturzustand“ entrückt, indem er es mit seiner Arbeit mischt und ihm etwas Eigenes hinzufügt. Natur an sich ist wertlos. Wertvoll hingegen ist ihre Bearbeitung, die zugleich Eigentum erzeugt.

Dieses Eigentum ist privat; es schließt die Ansprüche anderer aus und ist dem entzogen, was vorher Gemeinbesitz war. Zugleich sind die Privateigentümer das politische Subjekt der bürgerlichen Gesellschaft. Sie sind es, die als Freie und Gleiche einen Vertrag miteinander schließen und das öffentliche Leben hervorbringen. Der Naturzustand wird in der vor- oder außergesellschaftlichen Sphäre angesiedelt, zugleich wird ihm jedoch mittels „Naturalisierungen“ ständig neues Material zugeführt. Daher umfasst das menschengemachte Schicksal der „stillen Voraussetzung“ im Entstehungsprozess der bürgerlichen Gesellschaft Frauen und Natur gemeinsam.

Die Ökonomie dieser Gesellschaft weist eine kapitalistische Struktur auf. Sie impliziert eine hierarchische Unterscheidung der Privateigentümer in solche, die das Kapital besitzen, und solche, die ausschließlich über ihre Arbeitskraft verfügen. Hinter beiden stehen zwar gleichermaßen die stillen Voraussetzungen, jedoch eignet sich der eine sein Eigentum über fremde Arbeit an, während der andere durch seine Arbeit kein Eigentum erwirbt, sondern die Mittel zum Erhalt seiner selbst und seiner Familie – den Lohn. Existenzsicherung der Arbeitskraft-Eigentümer setzt damit, im Rahmen der beschriebenen Natur der Arbeit, zweierlei voraus: das Gelingen des Verkaufs der eigenen Arbeitskraft am Arbeitsmarkt sowie eine Lohnhöhe, die, wie Smith es ausdrückt, dem Arbeiter ein Leben ermöglicht, das mit der allgemeinen Vorstellung von Humanität vereinbar ist. Wenn – wie es heute vielfach der Fall ist – beides gefährdet ist, ist die Angewiesenheit auf Erwerbsarbeit eine existenzielle Falle und eine Blockade für Nachhaltigkeit. Jedes Mittel ist dann recht, um Arbeitsplätze zu schaffen, sei es noch so naturzerstörerisch und blind gegenüber den Existenzgrundlagen zukünftiger Generationen.

Heutige Existenzsicherung über Erwerbsarbeit steht damit im Gegensatz zur Nachhaltigkeit. Denn Nachhaltigkeit ist ein komplexes Lebensprinzip, über das die beteiligten Menschen ihre Lebensgrundlagen mit Blick auf zukünftige Generationen langfristig sichern. Ökonomisch meint nachhaltige Entwicklung das bewusste Gestalten des ganzen Reproduktionsprozesses (3) derart, dass dabei alle produktiven Potenzen erhalten bleiben. Das bedeutet die Integration der Naturproduktivität und der Produktivität sozialweiblicher Sorge-Arbeit.

So verstanden beinhaltet Nachhaltigkeit ein vielfaches Gerechtigkeitsprinzip: Gerechtigkeit zwischen heutigen und zukünftigen Generationen, zwischen den heute lebenden Generationen, zwischen den Geschlechtern. Das Arbeiten in einer nachhaltigen Gesellschaft

ist Arbeiten im Einklang mit der Natur unter Einbeziehen aller Arbeiten als gleichwertig. Die Natur der Arbeit ist dann eine nachhaltige. Wenn jedoch die erwerbliche Natur von Arbeit und Eigentum unangetastet bleibt, kann Existenzsicherung nicht nachhaltig erfolgen. Jede Schonung von Natur, jede Beachtung ihrer Eigenprozesse, Eigenzeiten und Regenerationszyklen muss in dieser Logik als Einbuße an Eigentum, Erwerbsarbeit und Existenzsicherung erscheinen.

### Langfristige Form der Existenzsicherung

In der Region Mulde-Mündung wird Nachhaltigkeit von vielen als Konkurrenz zur Existenzsicherung angesehen. Im Hintergrund steht die Erfahrung mit der Natur der Arbeit in der DDR, die sich qualitativ nicht von der in der bürgerlichen Gesellschaft unterschied, wenn auch die Natur des Eigentums sich verändert hatte, zum Kollektiv- oder Staatseigentum. Die Erwerbsarbeitszentrierung stieg sogar dadurch, dass soziale Beziehungen und Leistungen vor allem über die Produktionsbetriebe mit ihren Arbeitskollektiven definiert und hergestellt wurden. Sorgende Tätigkeiten, die im Wesentlichen Sache der Frauen blieben, wurden dadurch dichter an die Erwerbsarbeit angebunden und in dieser Art (vermeintlich) aufgewertet. Durch das Recht auf Arbeit und damit auf Teilhabe aller an Erwerbsarbeit war die Sicherung der eigenen Existenz faktisch identisch mit der Zugehörigkeit zu einem Kollektiv. (4)

Wenn nun nach der Wende Umweltsanierung mit Deindustrialisierung einhergeht, führt Nachhaltigkeit zum Verlust von Arbeitsplätzen. Wenn Gelder in den Naturschutz fließen und nicht ins Gesundheitswesen, dann ist die Zahnsperre für mein Kind nicht finanzierbar. Wenn die soziale Existenz dermaßen prekär ist, können wir uns nicht um Nachhaltigkeit kümmern.

Nachhaltigkeit ist jedoch kein Gegensatz zur Existenzsicherung, sondern deren langfristige Form: Sowohl aus sozialen als auch aus ökologischen Gründen können wir uns die gegenwärtige Form von

Ökonomie und Politik nicht mehr leisten. Nachhaltigkeit kann aber als Existenzsicherung nicht erscheinen, solange sie als Zusatzfaktor betrachtet wird, den es neben der Erwerbslogik auch zu berücksichtigen gilt. Diese Logik wird nicht verlassen, wenn Nachhaltigkeit allgemein als Geschäftsfeld oder speziell mit Blick auf ihre Beschäftigungseffekte angesehen wird. Die erwerbliche Natur von Arbeit und Eigentum verändert sich dadurch nicht. Als existenzsichernd lässt sich Nachhaltigkeit erst dann denken, wenn Erhalt und Gestaltung gesellschaftlicher ReGenerierung bzw. gesellschaftlicher ReGenerationsfähigkeit als politische und ökonomische Existenzgrundlage der Gesellschaft konzipiert sind.

Der Zusammenhang von Nachhaltigkeit und Existenzsicherung ist anhand naturnaher Wirtschaftsbereiche einfach nachzuvollziehen: Das Ziel nachhaltiger Waldwirtschaft ist, die Produktionsfähigkeit des Waldes dauerhaft zu erhalten und somit nicht nur die eigene, sondern auch die Versorgungsgrundlage zukünftiger Generationen zu sichern. Dazu ist es allerdings notwendig, die bislang abgespaltene Naturproduktivität nicht nur einzubeziehen, sondern zum Ausgangspunkt zu machen: Muss eine Maßnahme durchgeführt werden – oder vermag die biologische Automation eine Aktivität zu minimieren oder überflüssig zu machen? Müssen Jungpflanzen zugekauft werden – oder lässt sich natürliche Verjüngung des Waldes über das Verhindern der Verdichtung des Waldbodens und das Zulassen natürlicher Verrottung erreichen? Wird Naturproduktivität in solcher Weise zum Ausgangspunkt, erscheint Nachhaltigkeit nicht als Luxusprojekt, das wir uns erst leisten können müssen. – Das alte, nicht-nachhaltige Wirtschaften können wir uns nicht mehr leisten.

Ein erster Schritt dahin, die Natur von Arbeit und Eigentum als nachhaltig zu denken, liegt in der Einbeziehung dessen, was als nicht-ökonomisch und als un-politisch abgespalten wurde. Das ist nicht einfach, weil die Art solchen Einbeziehens aufgrund der dominanten Erwerbslogik allzu oft die ist, die abgespaltenen Berei-



## P wie Produktnutzung

Die intensivere Nutzung von Konsumgütern ist eine wichtige Strategie zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung. Durch Gemeinschaftsnutzung, Vermietung und Wiederverwendung werden Ressourcen geschont und Abfälle vermieden. Doch sind diese Ansätze wirtschaftlich tragfähig und von den Verbrauchern akzeptiert? Die Autoren/-innen zeigen, wie nachhaltige Nutzungsstrategien ein Gewinn für die Umgestaltung Deutschlands werden können.

V. Rabelt, I. Bonas, K. Buchholz, K. Denisow, M. Piek, G. Scholl (Hrsg.)  
**Strategien nachhaltiger Produktnutzung**  
 Wirtschaftswissenschaftliche Überlegungen und praktische Experimente im Dialog  
 München 2005; ca. 150 Seiten; 24,00 €; ISBN 3-936581-84-3

Erhältlich bei  
 www.oekom.de  
 oekom@wmi-verlagsservice.de  
 Fax ++49/(0)8191/125-405

Die guten Seiten der Zukunft



che dieser Logik anzugleichen. Es ist aber nichts gewonnen, wenn die bislang nicht-marktlichen und nicht-öffentlichen Tätigkeiten nun ebenfalls erwerbsförmig gedacht werden, wie auch nichts damit gewonnen ist, die bisher in öffentlicher Verantwortung organisierten Produktionsprozesse zu privatisieren und die so hergestellten öffentlichen Güter marktfähig zu machen. Vielmehr müsste grundlegend neu ausgehandelt werden, welche Arbeiten die Gesellschaft als wertvoll ansieht, wie diese Arbeiten organisiert und koordiniert werden sollen und welcherart Eigentumsverhältnisse daraus resultieren. Exklusives Eigentum in dem Sinne, dass es entweder sozial-ökologische Verantwortung ausschließt oder andere daran hindert, diese wahrzunehmen, kann es jedenfalls nicht sein.

### Neue Gesellschaftsverträge aushandeln

Eine nicht-instrumentelle und nicht-erwerbliche Einbeziehung des Abgetrennten wirft die Frage nach einem neuen Gesellschaftsvertrag auf. Die Crux liegt hier allerdings darin, dass eine freie soziale Ordnung nicht vertraglich gedacht werden kann, weil die Konstruktion eines originären Gesellschaftsvertrages die ihm inhärente Unterscheidung von Freiheit und Unterwerfung verwischt: Bevor die freien und gleichen „Brüder“ einen Vertrag miteinander schließen, haben sie sich die Verfügungsrechte über Frauen, über ihre Arbeit und ihren Körper, schon gesichert. (5) Das öffentlich-freie Individuum Mann braucht den abgespaltenen Schatten des privat-unfreien Nicht-Individuums Frau. In dieser Konstruktion ruht der Gesellschaftsvertrag auf einem nicht-vertraglichen Anderen, welches dem Gesamtvertrag gleichwohl als Abgespaltenes inhärent ist. Dieses Andere gehört ebenso zur stillen Voraussetzung für Gesellschaft wie Natur. Daher müsste sich in einem neuen Gesellschaftsvertrag die Gesellschaft zuerst dem zuwenden, was sie als ihr nicht Angehöriges ausgegrenzt hat. Genauer: Sie müsste von diesem Ausgegrenzten aus auf das Ganze der Gesellschaft und ihrer Ökonomie blicken und von hier aus neue Bezogenheiten bestimmen.

Die Frage nach neuen, an Nachhaltigkeit und Existenzsicherung orientierten Qualitäten des Politischen und des Ökonomischen ist ein Frage nach Konzeptionen, die die skizzierten Trennungen und Abspaltungen nicht mehr brauchen. Sie lassen sich anhand der Prinzipien der Ermöglichung, der Subsidiarität und der Konnexität sowie des Empowerments beschreiben: Potenziale werden nicht vereinnahmt, beherrscht und ausgebeutet, sondern ihre Entfaltung und Entwicklung werden ermöglicht. Die kommunale oder lokale Ebene wird erst dann von einer übergeordneten reguliert, wenn sie dies aus sich heraus nicht vermag. Staatliche Aufgaben lassen sich nur dann an eine untergeordnete Ebene delegieren, wenn die für deren Erfüllung notwendigen Mittel zusätzlich bereitgestellt werden. Die Menschen vor Ort gelten nicht als schwach und störend, sondern als einflussreich, stark und zu stärkend. Wirtschaftliche und politische Entwicklungsprozesse sind nur mit ihrer Zustimmung und durch ihre Mitgestaltung möglich.

Um diese Prinzipien zu realisieren, sind veränderte Institutionen nötig, neue institutionelle Arrangements, die diese neuen sozialen Arrangements festigen. Sie beinhalten neue Bezogenheiten der ver-

schiedenen – (ver)sorgenden, bürgerschaftlichen und erwerblichen – Arbeiten. Andere Bezogenheiten können aber nur dann entstehen, wenn die Erwerbsarbeit an Dominanz verliert und nicht die einzige Arbeitsform ist, mit der sich Einkommen erzielen lässt. Dazu bedarf es eines Grundeinkommens, das nicht von der herrschenden Erwerbslogik aus, sondern als BürgerInneneinkommen konzipiert ist. Auch neue Zeitarrangements sind nötig. Es braucht Zeit für die neu bewerteten Arbeiten und für die Koordination der Zeiten des menschlichen Arbeitens mit den Zeiten der Natur. Solcherart neue, von einem Grundeinkommen getragene Bezogenheiten entstehen nicht in einem großen Wurf, sondern in vielen kleinen Schritten – durch viele kleine neue Gesellschaftsverträge. \_\_\_\_\_

### Anmerkungen

- (1) Die hier vorgestellten Überlegungen sind im Rahmen des sozial-ökologischen Forschungsprojektes „Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung“ entstanden. Vgl. [www.blockierter-wandel.de](http://www.blockierter-wandel.de)
- (2) Vgl. Biesecker, A. /v. Winterfeld, U. (2004): Wertlos? Zur Abgrenzung natürlicher Produktivität und sozial weiblicher Arbeit bei John Locke und Adam Smith. Bremer Diskussionspapiere zur Institutionellen Ökonomie und Sozial-Ökonomie Nr. 58. Universität Bremen.
- (3) Wir benutzen den Begriff ReProduktion, um im engeren Sinne ökonomische Prozesse zu bezeichnen und den Begriff ReGeneration, wenn wir allgemeiner von gesellschaftlichen Prozessen sprechen.
- (4) Vgl. Ergenzinger, A. (2004): Tätigkeitsräume und AkteurInnen. Das Beispiel der Filmfabrik Wolfen. Bremer Diskussionspapiere (siehe Anm. 3), Nr. 61.
- (5) Vgl. Pateman, C. (1988): *The sexual contract*. Stanford University Press.

### Zu den Autorinnen

Adelheid Biesecker, geb. 1942, ist Ökonomin. Von 1971 bis 2004 hatte sie an der Universität Bremen die Professur für „Ökonomische Theorie unter besonderer Berücksichtigung der gesellschafts-historischen Entstehungsbedingungen“ inne. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Geschichte der Wirtschaftstheorie, Sozialökonomik und Feministische Ökonomik.

Uta von Winterfeld, geb. 1957, ist Politologin. Seit 1993 ist sie als Projektleiterin am Wuppertal Institut, Abteilung Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Politische Ideengeschichte, Gesellschaftliche Naturverhältnisse und Nachhaltiges Arbeiten.

### Kontakt

Prof. em Dr. Adelheid Biesecker  
Institut für Institutionelle und Sozial-Ökonomie (iiso)  
Universität Bremen  
Postfach 33 04 40  
D-28334 Bremen  
Fon ++49/(0)421/218 -2151, Fax -4974  
E-Mail [bie@uni-bremen.de](mailto:bie@uni-bremen.de)

Dr. Uta von Winterfeld  
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt Energie  
Döppersweg 19  
D-42004 Wuppertal  
Fon ++49/(0)202/24 92 -176, Fax -250  
E-Mail [uta.winterfeld@wupperinst.org](mailto:uta.winterfeld@wupperinst.org)